

OÖNachrichten vom 12. Dezember 2009:

Bundesrat Dönmez:

"Die Gesellschaft soll beim Bau einer Moschee mitreden dürfen"

LINZ. Im OÖN-Interview spricht der türkischstämmige oberösterreichische Grünen-Bundesrat Efgani Dönmez über politischen Islamismus und eine beschränkte Zuwanderung.

OÖN: Ihr erster Gedanke, als Sie vom Schweizer Minarett-Verbot gehört haben?

Dönmez: Dass diese Debatte stellvertretend für etwas anderes geführt wird. Denn es geht ja nicht darum, ob jetzt der Kirchturm oder das Minarett höher ist. Im Vordergrund sollte stehen, dass die Menschen einen würdigen Ort für die Ausübung ihres Glaubens haben: Gegenwärtig müssen viele dazu in irgendwelche Hinterhöfe gehen – und das ist nicht in Ordnung. Wir brauchen klare Rahmenbedingungen für alle Beteiligten.

OÖN: Wie sollten diese aussehen?

Dönmez: Der Staat sollte – wie es schon in Schweden praktiziert wird – den Muslimen ein Grundstück unter der Bedingung zur Verfügung stellen, dass die Gesellschaft bei der Gestaltung und den Abläufen in der Moschee mitreden kann. Somit kann auch vermieden werden, dass eine eigene Infrastruktur mit Teehäusern und türkischen Frisörläden entsteht. Denn das fördert nur die Parallelgesellschaft, die wir nicht haben wollen.

OÖN: Das würde aber wiederum nur eine beschränkte Freiheit für andere Religionen bedeuten...

Dönmez: Nein, denn es geht um ein Zusammenfinden. Man kann nicht irgendein Gebäude hinstellen, sondern es muss auch ins Ortsbild passen. Jeder sollte einen Ort für die Ausübung seines Glaubens haben – und wie dieser im Detail ausschauen soll, darüber sollten alle Beteiligten miteinander diskutieren können.

OÖN: Sie sind ja selbst Moslem. Würden Sie den Bau eines Minarets in Oberösterreich begrüßen?

Dönmez: Es kommt drauf an, welche Leute es betreiben. Ich würde es sicher nicht gut finden, wenn sich Tendenzen zur Abkapselung abzeichnen würden. Mir ist aber grundsätzlich eine Trennung von Politik und Religion wichtig. Denn das Problem ist, dass auch bei uns der politische Islam einen immer stärkeren Einfluss nimmt. Und daran hat nicht die FP Schuld, wie oft behauptet wird.

OÖN: Sondern?

Dönmez: Die Großparteien, in denen gewisse Personen, deren Namen ich nicht nennen will, sowohl in einer politischen Funktion als auch als Integrationsbeauftragter sowie für eine islamische Glaubensgemeinschaft tätig sind. Und das ist nicht vereinbar.

OÖN: Sie sprechen sich für eine „klare, nachvollziehbare Zuwanderung“ aus. Beinhaltet diese auch Beschränkungen?

Dönmez: Klar ist, dass wir aufgrund unserer demografischen Entwicklung die Zuwanderung brauchen. Wir sollten uns daher gezielt die Leute holen, die wir benötigen – und wir brauchen sehr viele, etwa in der Pflege, Landwirtschaft oder in der Gastronomie. Mir geht es auch darum, dass wir diesen Leuten, auch den niedrig-qualifizierten, Weiterbildungsangebote bieten. Und das alles können wir gestalten, das können wir regeln. Aber nicht mit einer Law-and-Order-Politik, mit der wir alles schärfer machen.

OÖN: Man sollte Zuwanderung also hauptsächlich über den Arbeitsmarkt definieren. Familienzusammenführung ist kein Thema?

Dönmez: Natürlich würde ich jedem wünschen, dass er mit seiner Familie zusammen sein kann. Aber hier gibt es bereits Quoten, und die werden wir weiterhin brauchen. Denn sonst kommt es zu einer Zuwanderung, die dem wirtschaftlichen Aspekt nicht unbedingt dienlich ist – denn da können Hochqualifizierte, aber auch Analphabeten dabei sein.

OÖN: Wie sollte man mit Migranten, die Bildungsangebote verweigern, verfahren? Mit Sanktionen?

Dönmez: Der Großteil nimmt die Angebote ja an. Und dann gibt's eben eine kleine Minderheit, die von vornherein alles ablehnt. Hier könnte man eventuell über aufenthaltsrechtliche Konsequenzen sprechen.



Efgani Dönmez: „Das Problem ist, dass auch bei uns der politische Islam einen immer stärkeren Einfluss nimmt.“